



EU – INFORMATIONEN
des EUROPE DIRECT
Informationsrelais
für die Region Mittlerer Nie-
derrhein und den Rhein-Erft-
Kreis

Ausgabe
März 2006

Inhalt

3-tägige Informationsfahrt
des Relais nach Brüssel

*

eTen

*

Grünbuch Energie

*

Impressum

Dreitägige Informations- und Orientierungsfahrt der Mitglieder des EUROPE DIRECT Informationsrelais Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis in die „Hauptstadt Europas“ – Brüssel vom 06.-08.03.2006

Als Schwerpunkt seiner Tätigkeit hat sich das EUROPE DIRECT Informationsrelais Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis in 2006 vorgenommen, die Europafähigkeit seiner Mitglieder, der Städte Krefeld und Mönchengladbach, des Kreises Viersen, des Rhein-Kreises Neuss und des Rhein-Erft-Kreises sowie deren kreisangehöriger Städte und Gemeinden aufzubauen bzw. zu verstärken. Damit sollen die Gebietskörperschaften und die in ihrem Gebiet ansässigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Akteure (hier insbesondere die Gruppe der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU´s)) Hilfestellung erhalten, die Einflüsse und Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung, der europäischen Politikgestaltung und die Chancen der vielfältigen europäischen Fördermaßnahmen zu erkennen, zeitnah darauf zu reagieren und konsequent auszunutzen.

Gleichzeitig sollen dadurch zukünftige Initiativen der Akteure erleichtert werden, rechtzeitig im Vorfeld neuer EU-Gesetzesvorhaben, die unmittelbar die kommunale Ebene betreffen, eigene Interessen bei den entsprechenden Regierungsstellen von Land und Bund und bei den EU-Organen und –Institutionen in Brüssel zu artikulieren und durchzusetzen.

Zu diesem Zweck organisierte das EUROPE DIRECT Relais vom 06. – 08. März 2006 für die kommunalen und für die Vertreter/innen der Wirtschaftsförderungsgesellschaften in der Region eine 3-tägige Informationsfahrt zu den wichtigsten EU-Organen und –Institutionen nach Brüssel. Es fanden Besuche und Gespräche bei der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Ausschuss der Regionen, der Vertretung des Landes NRW zur EU und dem Europabüro der Deutschen Kommunalen Spitzenverbände statt.

Im Mittelpunkt der Besuche in der **Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen zur EU**, und bei der **Europäischen Kommission** stand (neben einer Beschreibung der Aufgaben und Kompetenzen: So versteht sich die NRW-Vertretung nach Auskunft des neuen Leiters, Herrn Hans Stein, als Hör- und Sprachrohr der Landesregierung) die Information über den aktuellen Stand der Finanziellen Vorausschau der EU für den Zeitraum 2007-2013 und die Verhandlungen über die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Strukturfonds.

Der Referatsleiter für Deutschland für den EFRE in der Generaldirektion Regionalpolitik, Europäische Kommission, Herr Marc-Eric Dufeil, betonte zu Beginn seiner Äußerungen, dass die Strukturpolitik die integrativste Politik der EU sei, da sie am nächsten zum Bürger komme (Förderung lokaler Projekte).

Insgesamt erhalte das Ziel 2 € 260 Mrd., die Verteilung der Finanzmittel auf die Mitgliedstaaten erfolge durch die Europäische Kommission über die Kriterien Bruttonationaleinkommen, Bevölkerungsanzahl und –dichte und die prozentuale



Höhe der Arbeitslosigkeit. Er führte weiter aus, es werde für NRW ein EFRE- und auch ein ESF-Operationelles Programm geben, die genaue Höhe der Finanzmittel für NRW stehe noch nicht fest, da sich die Bundesländer noch nicht über die interne Mittelverteilung geeinigt hätten.

Die Teilnehmer/innen nutzten intensiv die Gelegenheit Fragen zur zukünftigen Ausrichtung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels 2 zu stellen und erhielten die Bestätigung, dass ein Großteil der Mittel zur Umsetzung der Lissabon-Strategie eingesetzt werden soll. **Herr Johannes Grotz, Staatskanzlei des Landes NRW in Brüssel, führte für die Umsetzung in NRW aus**, dass neben der beschlossenen schwerpunktmäßigen Förderung der strukturschwachen Gebiete in NRW (50%-Förderung für das Ruhrgebiet) auch die „übrigen“ Regionen über ein noch nicht feststehendes Wettbewerbsverfahren Projekte zur Förderung der Bereiche Innovation (Forschung und Entwicklung), Mittelstand und Stadtentwicklung beantragen und durchführen könnten; dabei gebe es im Gegensatz zur vergangenen Förderperiode keine mikrogeographische Abgrenzung mehr, was bedeute, dass z.B. strukturschwache mit weiter entwickelten Regionen kooperieren könnten.

Am zweiten Tag des Brüsselaufenthaltes stand neben dem Besuch bei der Europäischen Kommission **ein Arbeitessen und ein Arbeitsgespräch mit dem für die Region Mittlerer Niederrhein zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Herrn Karl-Heinz Florenz, im Europäischen Parlament auf dem Programm.**

Während des Arbeitessens referierte der **eingeladene Gastredner von der Europäischen Kommission, Herr Roland Piper, nationaler Experte im Referat, das u.a. für Deutschland in der Direktion „Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums II“ zuständig ist, über die Ausgestaltung des zukünftigen Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).** Einleitend erläuterte Herr Piper den Gästen, dass 92 % der Fläche der EU landwirtschaftlich geprägt sei, 53 % der Bevölkerung der EU in der Landwirtschaft arbeite und 45 % der Bruttowertschöpfung der EU in der Landwirtschaft erwirtschaftet werde. Dennoch hätten Statistiken der vergangenen Jahre gezeigt, dass die Menschen in der Landwirtschaft im Vergleich zu den anderen Bereichen 1/3 weniger Einkommen hätten, dass der Ausbildungsstand geringer und die wirtschaftliche Betätigung von Frauen und Jugendlichen in der Vergangenheit geringer geworden sei.

Daher habe sich die Europäische Kommission entschlossen, dem landwirtschaftlichen Sektor in der kommenden Förderperiode 2007-2013 eine verstärkte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Mit der Auflegung des ELER seien drei Ziele für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft verbunden: Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität, das bedeute u.a. Beschäftigung durch Diversifizierung und

Durchsetzung des bottom-up-Ansatzes bei Lebensmitteln. Als finanzielle Ausstattung des ELER seien bisher € 69,25 Mrd. und zusätzlich € 7 Mrd. sog. Modulatormittel vorgesehen.

Während des sich anschließenden Arbeitstreffens mit **Herrn Karl-Heinz Florenz** diskutierten die Teilnehmer/innen ausführlich die Themen, die für die Region Mittlerer Niederrhein von besonderem Interesse sind: **FFH-Richtlinie, Feinstaubrichtlinie und das Thema Erneuerbare Energien.**

Zur **Feinstaubrichtlinie** führte Herr Florenz aus, dass zurzeit eine Novelle auf dem Weg sei und verwies darauf, dass besonders die Kriterien Hintergrundgeräusche und -bewertungen schwierig zu bewerten seien.

Zum Thema **Erneuerbare Energien** brachte Herr Florenz seine Meinung zum Ausdruck, dass es für Deutschland und die Europäische Union ein Muss sei, sich aus der Abhängigkeit der traditionellen Energiequellen zu lösen. In diesem Zusammenhang verwies Herr Florenz auf das bereits existierende EU-Programm „Intelligente Energien - Europa“.

Am dritten Tag des Brüsselaufenthaltes folgten Besuche **beim Ausschuss der Regionen (AdR), dem Vertretungsorgan der lokalen und regionalen Ebene in der Europäischen Union und beim Europabüro der Deutschen Kommunalen Spitzenverbände (eurocommunale)**, in dem der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund je ein Verbindungsbüro zur EU unterhalten.

Im Ausschuss der Regionen gab Herr Klaus Hüllmann vom Referat Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen seines Vortrages einen **Überblick über die Zusammensetzung und die Aufgaben des AdR.** Er erläuterte, dass der AdR die Institution im EU-Gefüge sei, die Einfluss auf die Themen nehmen könne und wolle, die für die lokale und regionale Ebene wichtig und von Bedeutung seien (z.B. Regionalpolitik, Umwelt, Qualifizierung und Ausbildung). Der AdR müsse in insgesamt 10 Bereichen von der Europäischen Kommission angehört werden und habe darüber hinaus ein sog. Selbstbefassungsrecht, d.h. er könne zu den Themen, die er für die regionale Ebene von Bedeutung halte, jederzeit Stellung nehmen. Zwar sei die Europäische Kommission nicht verpflichtet, die Stellungnahmen des AdR zu übernehmen, doch sei es in den letzten Jahren gelungen, wichtige Themenbereiche im Sinne der regionalen Ebene in Europa zu „befördern“, d.h. inhaltlich im Sinne seiner Mitglieder auszugestalten.

Der AdR habe insgesamt 317 Mitglieder, davon habe Deutschland 24 Sitze, drei davon seien den Deutschen Kommunalen Spitzenverbänden zugestanden worden. In diesem Zusammenhang verwies Herr Hüllmann auf die Tatsache, dass jedes Mitgliedsland selbst über die Verteilung der ihm zustehenden Sitze entscheide. Abschliessend führte Herr Hüllmann aus, dass der AdR sowohl über eine politische wie auch eine administrative Gliederung verfüge. Es gebe einen Präsidenten und einen Generalsekretär, das Plenum des AdR tage fünfmal im Jahr.

Im **eurocommunale** wurden die Teilnehmer/innen von der **Leiterin des Büros des Deutschen Landkreistages, Frau Tanja Struve** empfangen, die zuerst einen Überblick über die Aufgaben und Ziele der Arbeit des Europabüros der Deutschen Kommunalen Spitzenverbände gab. Danach hat eurocommunale folgende **Aufgaben**: Monitoring (Horchposten, Frühwarnsystem), Lobbying, Türöffner, Betreuung der drei Mitglieder der Deutschen Kommunalen Spitzenverbände im AdR und Organisation und Programmgestaltung für seine Mitglieder. Zur Bewältigung seiner Aufgaben habe eurocommunale **vielfältige Gesprächspartner**: Mitglieder des Europäischen Parlaments, Beamte der Europäischen Kommission, Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Deutschlands zur EU, zuständige Ministerialbeamte der Bundesministerien, Vertretungen der deutschen Bundesländer in Brüssel. Ebenso zahlreich seien die Themen, mit denen sich eurocommunale befasse: Binnenmarkt, Wettbewerb, Beschäftigung und Soziales, Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, Struktur- und Kohäsionspolitik, ländlicher Raum, einzelne zentrale Vorhaben, wie Förderung des eGovernment und europäische Verfassung und die für die kommunale Ebene interessanten EU-Förderprogramme.

Danach fasste Frau Struve in einem Vortrag **den aktuellen (Verhandlungs-)Stand der EU-Dienstleistungsrichtlinie** zusammen.

Im Anschluss an den Vortrag diskutierten die Teilnehmer/innen **Chancen, den Informationsfluss und die Einflussmöglichkeiten der einzelnen Landesverbände und seiner Mitglieder auszubauen**.

Frau Struve betonte hier, dass sie gar nicht oft genug betonen könne, wie wichtig der direkte Austausch mit den Mitgliedern der Deutschen Kommunalen Spitzenverbände für eine sinnvolle und erfolgreiche Arbeit in Brüssel sei.

Die EU-Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen des Programms eTEN veröffentlicht.



Förderfähig sind Anwendungen zum Aufbau von elektronischen Kommunikationsdiensten. Das Programm fördert Marktvalidierungs- und

Ersteinführungsprojekte in den Bereichen E-Government, E-Health, E-Learning, E-Inclusion, Vertrauen und Sicherheit sowie Unterstützungsdienste für kleine und mittlere Unternehmen.

Für die Förderung von Projekten im Rahmen dieses Aufrufs stehen rund 46 Mio. Euro zur Verfügung. Beteiligen können sich Konsortien, an denen Unternehmen verschiedener EU-Ländern

beteiligt sind. Solche Dienste sollen bestimmte positive sozioökonomische Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen und die Beschäftigung haben und sich langfristig ohne Gemeinschaftsunterstützung selbst tragen. **Der Gemeinschaftszuschuss dient also dazu, den Partnern die Entwicklung eines überzeugenden Geschäftsplans zu ermöglichen, auf dessen Grundlage sie ihren Geschäftsbetrieb aufbauen können, entweder mit eigenen Mitteln oder mit Unterstützung aus privaten oder öffentlichen Finanzquellen.**

Mit einem Wort, **eTEN** leistet einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, Dienstleistungen von gesellschaftlichem Interesse von der Idee in die Praxis umzusetzen.

Weitere Informationen: Nationale Kontaktstelle für das EU-Förderprogramm eTEN

ZENIT GmbH
Bismarckstraße 28
45470 Mülheim an der Ruhr
www.zenit.de
Tel.: 0208 30004-0/-41/-58

Den zweiten Vortrag, den sich die Teilnehmer/innen gewünscht hatten, hielt **Herr Dr. Christian von Kraack** über das **Thema „Förderung nachhaltiger Energiequellen durch die EU“**. Herr Dr. von Kraack behandelte sowohl die nachwachsenden als auch die erneuerbaren Energien und nannte zu Beginn seiner Ausführungen drei Gründe der EU erneuerbare Energien zu fördern: Verminderung der Abhängigkeit von den herkömmlichen Energiequellen, Steigerung der Leistungsfähigkeit im Bereich der Erneuerbaren Energien (so sei z.B. Deutschland Weltmarktführer in der Photovoltaik) und die Notwendigkeit gemäß des Kyotoprotokolls CO₂-Emissionen zu vermindern.

Nach grundlegenden Informationen über verschiedene Fördermodelle bei den erneuerbaren Energien und der Darstellung der zurzeit vorhandenen Hemmnisse bei der Durchsetzung verwies Herr Dr. von Kraack zur ausführlichen Lektüre auf das gerade an dem Tag des Besuchs der EUROPE DIRECT Mitglieder erschienenen „Grünbuch Energie“ der Europäischen Kommission (siehe nachfolgenden Artikel auf Seite 4).

Insgesamt gelang es, so das Fazit der Teilnehmer/innen, durch die Gespräche und die Behandlung /Diskussion der für die Region zentralen Themen einen Überblick über die Kompetenzen und Entscheidungsstrukturen der EU und die zurzeit für die kommunale Ebene entscheidenden Themen zu erhalten. Die Mitglieder haben sich vorgenommen, die durch die Besuche entstandenen Kontaktkanäle für ihre zukünftigen Anliegen aktiv und wo notwendig gemeinsam zu nutzen, um verstärkt die Interessen der Region Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis einzubringen und durchzusetzen.

Grünbuch Energie - Energiestrategie für Europa

“Die EU verfügt über die Potenziale für Erfolg und die Instrumente einer gemeinschaftlichen Energiepolitik. Nun brauchen wir den politischen Willen”, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Vorstellung des Grünbuchs Energie. Die europäische Antwort auf die sich abzeichnende Energiekrise lautet: nachhaltige Entwicklung, mehr Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit.

Das Grünbuch soll eine Diskussionsgrundlage für die Mitgliedstaaten sein, macht aber in einigen Bereichen konkrete Vorschläge. So will die Kommission unter anderem erreichen, dass alle EU-Staaten Speicher für Erdgas anlegen, die eine Versorgung über mindestens zwei Monate sicherstellen. Sollte es zu Lieferschwierigkeiten kommen, würden sich die Mitgliedstaaten nach den Vorstellungen der Kommission untereinander helfen. Bisher gibt es solche Vorgaben nur für Erdöl.

Europäische Regulierungsbehörde soll fairen Wettbewerb im Energiemarkt garantieren.

Die Europäische Kommission nennt **sechs vorrangige Bereiche**. Darunter fällt auch der **gemeinsame Binnenmarkt für Energie**, den die EU-Kommission weiter vorantreiben will. Dabei sollen die Verbindungen zwischen den nationalen Stromnetzen zügig ausgebaut werden. Außerdem schlägt die Kommission vor, **eine europäische Regulierungsbehörde** einzurichten, die EU-weit einen fairen Wettbewerb im Energiemarkt garantieren soll. Gesetzesvorschläge zu diesem Bereich sollen bis Ende des Jahres folgen.

Ein nachhaltiger, effizienter und vielfältiger Energiemix ist der dritte Schwerpunkt des Strategiepapiers. Zwar soll die Wahl der Energieträger weiter in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben. Die Kommission will aber gemeinsame Planungen in diesem Bereich anregen, um EU-weite Ziele für den Energiemix zu etablieren.

Neuer Fahrplan für erneuerbare Energiequellen in der EU.

Mit einem **Aktionsplan** will die Kommission die **Reduktion der Treibhausgase** weiter forcieren und die

Entwicklung klimafreundlicher Energietechnologie fördern. Hier schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vor, um den Herausforderungen der globalen Erwärmung zu begegnen. Insbesondere legt sie dar, welche Punkte Gegenstand eines Aktionsplans für Energieeffizienz sein könnten, den die Kommission im Verlauf dieses Jahres annehmen will. Dort sollen Maßnahmen aufgezeigt werden, die erforderlich sind, damit die EU 20 % der Energie, die sie ansonsten bis 2020 verbrauchen würde, einsparen kann. Ferner wird vorgeschlagen, dass die EU einen neuen Fahrplan für erneuerbare Energiequellen in der EU mit möglichen Zielvorgaben bis 2020 und darüber hinaus ausarbeitet, um ein stabiles Investitionsklima für mehr wettbewerbsfähige erneuerbare Energie in Europa zu schaffen.

Energieeffiziente und kohlenstoffarme Technologien stellen laut Kommission einen schnell wachsenden internationalen Markt dar, der in den kommenden Jahren ein Volumen von mehreren Milliarden Euro haben dürfte. Ein strategischer Plan für Energietechnologien, der im fünften Aktionsbereich des Grünbuchs angeregt wird, soll dafür sorgen, dass die europäischen Industrien bei diesen Technologien und Verfahren der neuen Generation weltweit führend sind.

Schließlich schlägt die Kommission eine **gemeinsame auswärtige Energiepolitik** vor, um gegenüber den wichtigen Energielieferanten mit einer Stimme aufzutreten. Außerdem will die Kommission erreichen, dass der **Bau von Infrastruktur zur Energieversorgung**, vor allem von Pipelines oder Flüssiggasterminals, in der EU koordiniert werden.

Weitere Informationen:

http://www.europa.eu.int/comm/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf



rhein
kreis
neuss

EUROPE DIRECT Informationsrelais Mittlerer Niederrhein
Rhein-Kreis Neuss - Europabüro
Leiterin Frau Ruth Harte
Assistentin Frau Claudia Bluhm
Oberstraße 91
41460 Neuss

Tel.: 02131/928-7600 od. -7601
Fax: 02131/928-7699

e-mail: ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de
oder claudia.bluhm@rhein-kreis-neuss.de